

Antrag

AntragsstellerIn: LAG Bildung (LAG Bildung), LAG Bildung (LAG Bildung)

Gegenstand: **Politische Bildung in Sachsen stärken -
Kompetenzen für lebendige Demokratie und
offene Gesellschaft ausbilden**

1 Antragstext

2 Sachsen braucht dringend eine Veränderung seiner politische Kultur. Pegida&Co.
3 und die mit ihnen schließlich einhergehenden rassistischen Ausschreitungen und
4 Anschläge sind nicht zufällig in Sachsen entstanden. Ein in allen Schichten zu
5 findender Teil der sächsischen Bevölkerung hat nicht nur Vorbehalte gegenüber
6 als fremd empfundenen Religionen wie dem Islam, sondern ist offen rassistisch
7 und fremdenfeindlich eingestellt. Viele haben wenig Vertrauen und Kenntnis von
8 demokratischen Strukturen und politischen Prozessen. Tiefsitzende Ressentiments,
9 eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Fremden bis hin zu einer Normalität
10 rassistischer Vorstellungen in Teilen der sächsischen Bevölkerung verbinden sich
11 mit einem verbreiteten Unverständnis gegenüber der Komplexität von Demokratie
12 und Moderne. Ethnische, religiöse oder kulturelle Vielfalt wird eher als
13 Bedrohung, denn als Chance begriffen. Für viele ist nicht selbstverständlich,
14 dass in einer Demokratie über gesellschaftliche Probleme, unterschiedliche
15 Interesse und Weltanschauungen offen diskutiert werden muss. Stattdessen
16 existiert die Vorstellung, dass Probleme ohne 'Parteienstreit' als 'sachlicher'
17 Konsens oder durch einfache Durchsetzung der Mehrheit gelöst werden. Dies wird
18 begünstigt von einer durch die 'Staatspartei' CDU geprägten, teils verrohten
19 politischen Kultur, die allzu oft eine obrigkeitsstaatliche Tradition der
20 Verwaltung fortsetzt, den offenen politischen Diskurs scheut und sich mit der
21 Akzeptanz von Vielfalt und Anderssein schwertut. Beleg dafür sind die offene
22 Sympathie konservativer Teile der sächsischen CDU für Pegidia und die
23 Schwierigkeiten, eine klare Abgrenzung der undemokratischen und rassistischen
24 Positionen von Pegida zu organisieren.

25 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine weltoffene, demokratische und
26 menschenrechtsorientierte politische Kultur in Sachsen ein. Gelebte
27 Weltoffenheit, die Akzeptanz von Vielfalt und demokratischem Streit sind auf
28 eine Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Akteure angewiesen. Die
29 Antworten auf Pegida sind vielfältig: eine andere politische Kultur und eine
30 Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte, interkulturelle Bildung und eine

31 weltoffene Asyl- und Migrationspolitik.

32 Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein einer solchen Veränderung. Um den
33 gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, muss politische Bildung weit
34 mehr leisten, als über die Strukturen des politischen Systems zu informieren.
35 Sie muss auf allen Ebenen dazu beitragen, dass die universalen Menschenrechte
36 und verfassungsmäßigen Grundrechte leitend für politisches und
37 gesellschaftliches Handeln sind. Dabei stellt sich die Frage, auf welche Weise
38 über die klassischen Zielgruppen politischer Bildung hinaus auch diejenigen
39 für Menschenrechts- und Demokratiebildung erreicht werden können, die offen für
40 rassistische und fremdenfeindliche Ressentiments sind und deren Vertrauen in die
41 demokratische Gesellschaft gering ist. Ziel politischer Bildung muss die
42 Förderung der Selbstermächtigung aller BürgerInnen zu
43 menschenrechtsorientiertem, zivilgesellschaftlichem und demokratischem Handeln
44 sein. Diese Herausforderung weist weit über die Tätigkeit der politischen
45 Stiftungen, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Akteuren der
46 politischen Erwachsenenbildung hinaus. Für einen nachhaltigen Ansatz muss ebenso
47 die politische Bildung in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen,
48 aber auch in der Gemeinwesenarbeit gestärkt werden.

49 *I. Bildungseinrichtungen*

50 Die unterdurchschnittliche Beteiligung von SchülerInnen und StudentInnen an den
51 Pegida-Demos darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Sagbarkeit von
52 rassistischen und undemokratischen Positionen weit in den Resonanzraum von
53 Kindern und Jugendlichen hineinwirkt. Im familiären Nahraum werden Vorurteile
54 gegenüber dem politischen System und Andersartigen zum Teil ungefiltert und
55 undiskutiert weitergegeben. Eine Stärkung der politischen Bildung in Kita,
56 Schule, Ausbildung und Hochschule ist deshalb unerlässlich. Für politische
57 Bildung ist es nie zu früh, wenn sie altersgerecht gestaltet wird. Gerade in
58 Bildungseinrichtungen können frühzeitig und niedrigschwellig Diskussions- und
59 Demokratiekompetenzen sowie menschenrechtsorientierte Bildung vermittelt werden.

60 *Kita*

61 Auch vor der Schule können Kinder sie betreffende Gegenstände gemeinsam
62 aushandeln, diskutieren und entscheiden. Dabei können sie lernen, Konflikte
63 argumentativ und ohne Gewalt zu lösen und sich als selbstwirksam zu erleben. Die
64 im Bundeskinderschutzgesetz verankerte Beteiligung von Kindern in der Kita wird
65 in Sachsen oft nur unzureichend mit Leben erfüllt. Demokratiekompetenz wird nur
66 selten als basale Lernkompetenz betrachtet. Die Beteiligung von Kindern wird
67 zwar teilweise als pädagogisch sinnvoll betrachtet, jedoch kaum als
68 bildungspolitische Notwendigkeit betrachtet, um das Gemeinwesen zu stärken.
69 Allzuoft fehlen Wissen und Haltung, um Demokratie von Anfang an als
70 selbstverständliche gute pädagogische Praxis zu begreifen. Demokratiekompetenz
71 findet sich zwar als verbindliches Lernziel im Bildungsplan, ist aber nicht im
72 Kita-Gesetz verankert und wird oft nur unzureichend umgesetzt. Vielen
73 ErzieherInnen fehlen die Instrumente, sich selbst und den Kindern demokratische
74 Prozesse bewusst zu machen und als selbstverständlichen Bestandteil des Kita-
75 Alltags zu verankern.

76 Bei der Umsetzung demokratischer Bildung in der Kita kann an Projekte wie das
77 DKJS-Projekt *Demokratie von Anfang an* angeknüpft werden. Der bis 2013 erprobte
78 Ansatz zeigt, wie Kindertageseinrichtungen begleitet werden können, um Lernorte
79 der Demokratie zu werden. Diese Erfahrungen müssen nun in die Breite getragen
80 werden. Wir wollen, dass der Freistaat ein Programm einrichtet, mit dem die
81 Entwicklung und das Argumentieren eigener Positionen sowie der
82 selbstverständliche Umgang mit Meinungsvielfalt und demokratischen
83 Entscheidungsfindungsprozessen früh eingeübt wird. Ziel muss es sein, dass sich
84 jede Kita als demokratischen Lernort begreift und dabei sowohl Kinder, als auch
85 ErzieherInnen und Eltern einbezieht.

86 Wir fordern:

- 87 - die Förderung eines Fortbildungs- und Supervisionsprogramms „*Demokratie von*
88 *Anfang an*“ für demokratisches Lernen in der Kita in unabhängiger Trägerschaft,
89 das die Freistellung von Personal ermöglicht und finanziert
- 90 - Ziele demokratischer Bildung im Kita-Gesetz zu verankern
- 91 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz in der Aus- und Fortbildung von
92 ErzieherInnen zu verankern

93 *Schulen*

94 An den sächsischen Schulen sind die formalen Mitwirkungsrechte von SchülerInnen,
95 Eltern und LehrerInnen im Ländervergleich relativ weitgehend. Solange jedoch die
96 Einzelkompetenzen der Schulen, über pädagogische, finanzielle und personelle
97 Fragen zu entscheiden, weiterhin eingeschränkt sind, laufen die demokratischen
98 Rechte oftmals ins Leere. Zudem mangelt es allzuoft an Engagement von
99 Schulleitung und Lehrkräften, die Mitwirkungsstrukturen mit Leben zu erfüllen.
100 Sinnvolle Programme wie „Mitwirkung mit Wirkung“ zur Qualifizierung von
101 Schülervertretungen müssen stärker in die Breite wirken.
102 Die Vermittlung von Grundlagen politischer Bildung ist zunächst Aufgabe des
103 Unterrichts. Auch wenn der sächsische Lehrplan die entsprechenden Inhalte
104 vorsieht, weist der Gemeinschaftskundeunterricht im Ländervergleich ein eher
105 geringes Gewicht auf. Hinzu kommt, dass die Fächer Gemeinschaftskunde und
106 Geschichte an einzelnen Schularten abgewählt werden können. Allein die
107 Ausweitung dieser Fächer in der Stundentafel löst jedoch nicht das Problem.
108 Gefragt ist vielmehr die alltägliche Einübung von Demokratiekompetenz. Dies
109 schließt die Fähigkeit ein, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen, sich in
110 andere einzufühlen und mit anderen zu diskutieren. Dies setzt voraus, Schule
111 nicht nur als Ort der Wissensvermittlung, sondern als Lern- und Lebensort im
112 Sinne einer umfassenden Kompetenzaneignung zu verstehen. Ein solches Umdenken
113 muss eine veränderte Lehramtsausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie ein
114 Umdenken in der Schulaufsicht nach sich ziehen. Die LehrerInnen an sächsischen
115 Schulen dürfen bei dieser Herausforderung nicht länger durch fehlende
116 Unterstützungsstrukturen allein gelassen werden.

117 Die Bandbreite der Dominanz politischer Positionen ist je nach Schularten und
118 Region sehr differenziert und abhängig von Schülerklientel und dem jeweiligen
119 lokalen gesellschaftlichen Klima. Das sächsische Kultusministerium versteht
120 Schulen als weitgehend entpolitisierten Raum, viele LehrerInnen betrachten sich

121 aufgrund DDR-Erfahrungen heute als unpolitisch. Weil die Verteidigung von
122 Grundrechten vielfach als Frage von Parteipolitik missverstanden wird, fehlt es
123 zu oft an der notwendigen Klarheit und Hilfestellung gegenüber
124 antidemokratischen und rassistischen Einstellungen in der Schülerschaft. Ob
125 Demokratiekompetenz im Schulalltag vermittelt wird, hängt von Interesse und
126 Engagement von LehrerInnen und SchulleiterInnen ab. Auch wenn viele
127 Antirassismusprojekte vorhanden sind, erreichen sie aufgrund ihrer
128 Nachfrageorientierung gerade diejenigen Schulen nicht, die sie am meisten
129 bräuchten.

130 Um die Demokratiebildung an sächsischen Schulen zu stärken, fordern wir:

- 131 - schulische Entscheidungsspielräumen hinsichtlich Pädagogik, Finanzen und
132 Personal auszuweiten
- 133 - die Kompetenzentwicklungen durch Selbsterfahrung (Schülerparlamente,
134 Urabstimmungen) zu ermöglichen und Schülergremien oberhalb der Schulebene
135 (Kreisschülerrat) zu stärken
- 136 - das Fach Gemeinschaftskunde durch eine größere Praxisorientierung an sozialer
137 Verantwortung, Erfahrung von Vielfalt und persönlichem Engagement im Rahmen
138 einer Ausweitung des Stundenumfangs zu stärken
- 139 - Inhalte politischer Bildung in Pflichtfächern zu verankern und einzelne Fächer
140 im Hinblick auf Menschen- und Grundrechtsbildung besser zu vernetzen
- 141 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz im Schulgesetz als Auftrag im Sinne der
142 Grundrechtsvermittlung zu verankern
- 143 - geeignete Unterstützungsstrukturen (Weiterbildung, Coaching) der Lehrkräfte
144 zur Einübung von Demokratie- und Diskurskompetenz von SchülerInnen aufzubauen
- 145 - die Reichweite von Antirassismus-Projekten (mobile Beratung) durch eine
146 bessere Förderung und aktive Bewerbung bei Schulen zu verbessern
- 147 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz und Inhalte politischer Bildung in der
148 Lehreraus- und fortbildung zu verankern

149 *Hochschulen*

150 Die sächsischen Hochschulen sind ein wichtiges Reservoir späteren politischen
151 Engagements. An ihnen wird tagtäglich demokratisches Engagement eingeübt, auch
152 wenn in den vergangenen Jahren systematisch Mitbestimmungsrechte zurückgefahren
153 wurden. Dennoch können die Bedingungen demokratischen Engagements für
154 Studierende deutlich verbessert werden. Zugleich sind die Universitäten eine
155 wichtige Stätte politischer (Selbst-)Bildung und besitzen die
156 Studierendenschaften den Auftrag politischer Bildung. Ausbildungskapazitäten für
157 politische Erwachsenenbildner an den Universitäten wurden in den letzten Jahren
158 durch Kürzungen verringert und existieren derzeit nur in Dresden und Chemnitz.

159 Wir fordern:

- 160 - den politischen Bildungsauftrag der Studierendenschaften zu stärken
- 161 - die Wahrnehmung studentischer Interessen durch eine bessere Berücksichtigung
162 bei Bafög und eine Förderung von Studierenden ohne Bafög sowie durch eine
163 Anrechnung als Studienleistung zu fördern
- 164 - die weitere Demokratisierung der Hochschulstrukturen durch eine weitgehende

165 Viertelparität aller Mitgliedergruppen in Hochschulgremien und eine Stärkung
166 des Senats als zentrales Entscheidungsorgan voranzutreiben
167 - Erneute Einrichtung einer Professur für Erwachsenenbildung an der Universität
168 Leipzig und Verankerung der politischen Erwachsenenbildung als Lehrmodul an
169 allen Professuren der Erwachsenenbildung

170 *Außerschulische Bildung*

171 Mit den Angeboten von Gewerkschaften, Parteien und ihren Jugendverbänden,
172 Kirchen und Religionsgemeinschaften und freien Trägern der Jugendhilfe sowie
173 Bundes- und Landesjugendring existiert eine ausdifferenzierte Struktur
174 außerschulischer politischer Bildung. Ihre zentrale Herausforderung ist es auch,
175 sozial benachteiligte und bildungsferne Jugendliche zu erreichen. Dem wirkt
176 jedoch eine unzureichende finanzielle Ausstattung von Seiten des Freistaates
177 insbesondere für überörtliche Projekte, flexibles Jugendmanagement und die
178 Zuschüsse für Jugendhilfe in den Kommunen entgegen. Damit fehlen insbesondere
179 dort Ressourcen, wo nahraumorientiert demokratische Kompetenzen eingeübt werden
180 müssten. Im ländlichen Raum fehlt es neben finanziellen Ressourcen oft auch an
181 geeigneten Fachkräften und Kooperationsstrukturen.

182 Wir fordern:

- 183 - verlässliche Finanzierung durch mehrjährige Zuschussverträge
- 184 - die Jugendhilfe und politischen Jugendbildung bedarfsgerecht auszustatten
185 sowie die Antragsverfahren zu beschleunigen
- 186 - innovative Projekte zur politischen Bildung sozial benachteiligter und
187 bildungsferner Jugendlicher zu fördern
- 188 - vorhandene Akteure zu qualifizieren und innovative Kooperationsformen im
189 ländlichen Raum zu entwickeln

190 *II. Politische Erwachsenenbildung und Gemeinwesenarbeit*

191 Mit der Landeszentrale für politische Bildung, den politischen Stiftungen und
192 weiteren Akteuren wie den Volkshochschulen und vielen zivilgesellschaftlichen
193 Initiativen weist die politische Bildung auch in Sachsen ein großes Potential
194 auf. Dennoch besteht nach wie vor eine große Herausforderung darin, dass die
195 reguläre politische Bildung oft nur Vorinteressierte und Vorgebildete erreicht.
196 Vielfach fehlen zudem spezifische Angebote für MigrantInnen und weitere
197 Zielgruppen. Um neue Instrumente politischer Bildung zu entwickeln und zu
198 erproben, braucht es zum einen finanzielle und personelle Spielräume. Zum
199 anderen muss deren wissenschaftliche Erforschung und Begleitung sichergestellt
200 werden.

201 Obwohl das flächendeckende Netz der Volkshochschulen gut geeignet ist, neue
202 Gruppen zu erschließen, ist es oft stark von handelnden Personen abhängig, ob
203 politische Bildung eine Rolle spielt. Über die klassischen Träger politischer
204 Bildung hinaus bietet die demokratische Gemeinwesenarbeit mit ihren vielen
205 ehrenamtlichen Aktiven in Sozialräumen ein großes Potential, um demokratische
206 Werte im sozialen Nahraum erfahrbar zu machen. Die Schließung von

207 Studienangeboten für Gemeinwesenarbeit wirkt demgegenüber jedoch
208 kontraproduktiv. Auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und
209 erprobte Instrumente wie *Study Circles* zur Ermächtigung demokratischen Handelns
210 durch eigeninitiierte Bildungsarbeit wie in den USA und den skandinavischen
211 Ländern können wichtige Bausteine politischer Bildungsarbeit sein.

212 Um die politische Erwachsenenbildung zu stärken, fordern wir:

- 213 - die politischen Stiftungen und die Landeszentrale für politische Bildung sowie
- 214 die entsprechende wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Entwicklung und
- 215 Erprobung neuer Instrumente der politischen Bildung zu unterstützen
- 216 - Projekte menschenrechtsorientierter demokratischer Gemeinwesenarbeit in der
- 217 Fläche zu fördern
- 218 - die Volkshochschulen gezielt durch Kommunen und Freistaat zu stärken, um in
- 219 die Lage versetzt zu werden, politische Bildung ohne finanzielle Barrieren für
- 220 die Teilnehmer durchführen zu können
- 221 - Alternative Formen der Erwachsenenbildung durch Information und Bereitstellung
- 222 von Ressourcen zu unterstützen

223 *III. Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung*

224 Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) ist ein wichtiger
225 Akteur der politischen Bildung in Sachsen. Ihre Arbeit ist dem
226 Überparteilichkeitsgebot der politischen Bildung im Sinne des Beutelsbacher
227 Konsenses verpflichtet. Dieses Gebot wurde durch die Bereitstellung der Räume
228 der SLpB für eine Pegida-Pressekonferenz, aber auch durch eine einseitige
229 Ausgestaltung von Diskussionsforen ohne sichtbaren Widerspruch zu Pegida
230 verletzt. Kritik des für die Aufsicht zuständigen Kuratoriums war nicht zu
231 vernehmen. Dieser einseitige und unkritische Ansatz der SLpB bestätigt die
232 bereits seit Jahren bestehende Defizite bei der Anti-Diskriminierungsarbeit und
233 der politischen Bildung gegen menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft.
234 Das bisherige Agieren der SLpB gibt Anlass, über Veränderungen der inhaltlichen
235 Ausrichtung zu diskutieren. Wir erwarten, dass sich die SLpB für bestimmte
236 Themen wie die Anti- Diskriminierungsarbeit, Asylpolitik, Demokratiebildung
237 sowie globales und interkulturelles Lernen und ein größeres Spektrum
238 zivilgesellschaftlicher Akteure öffnet.

239 Eine inhaltliche Öffnung der SLpB muss mit einer Stärkung des überparteilichen
240 Charakters der SLpB einhergehen. Wesentliche Ursachen für die bisherige
241 Ausrichtung der SLpB liegen in der engen Anbindung an das Kultusministerium und
242 den starken Einfluss des Kultusministeriums bei der Besetzung des Kuratoriums
243 als Kontrollgremium. Zwar ist die Ansiedlung ans Kultusministerium und die
244 Bestimmung der Kuratoriumsmitglieder im Ländervergleich nicht ungewöhnlich. Im
245 Zusammenwirken mit der durch die ununterbrochen regierenden Staatspartei CDU
246 geprägten politischen Kultur droht jedoch die Überparteilichkeit klar gefährdet
247 zu werden.

248 Wir fordern deshalb:

- 249 - die SLpB an den Landtag anzubinden und mit einem durch den Landtag gewählten
250 Landesbeauftragten für politische Bildung an der Spitze zu versehen
251 - nicht-parlamentarische Kuratoriumsmitglieder von den Verbänden selbst benennen
252 zu lassen
253 - eine Vertretung aller Landtagsfraktionen im Kuratorium
254 - einen jährlichen Bericht des Landesbeauftragten und eine regelmäßige
255 unabhängige qualitätsbezogene Evaluation der Arbeit der SLpB